

ZBB 2022, 138

RL 2004/109/EG Art. 3 Abs. 1a Unterabs. 4; RL 2004/25/EG

Keine über Transparenz-RL hinausgehenden Vorgaben für die Beteiligungspublizität („Adler Real Estate u. a.“)

EuGH, Urt. v. 09.09.2021 – Rs C-605/18 (Bundesverwaltungsgericht (Österreich)), EuZW 2022, 47 = WM 2021, 1983 = NZG 2022, 122 = ZIP 2022, 214

Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof (Vierte Kammer) für Recht erkannt:

Art. 3 Abs. 1a Unterabs. 4 Ziff. iii RL 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 15. 12. 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der RL 2001/34/EG in der durch die RL 2013/50/EU des Europäischen Parlaments und des Rates v. 22. 10. 2013 geänderten Fassung ist dahin auszulegen, dass er einer Regelung eines Mitgliedstaats entgegensteht, nach der Aktionäre oder natürliche oder juristische Personen i. S. v. Art. 10 oder 13 RL 2004/109 in der durch die RL 2013/50 geänderten Fassung in Bezug auf die Mitteilung bedeutender Beteiligungen Anforderungen erfüllen müssen, die im Sinne dieses Unterabs. 4 strenger als die in der RL 2004/109 in der durch die RL 2013/50 geänderten Fassung vorgesehenen sind und die sich aus Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben, die insbesondere Übernahmeangebote betreffend erlassen wurden, ohne dass indessen die Befugnis für die Sicherstellung der Einhaltung solcher Anforderungen einer gem. Art. 4 RL 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 21. 4. 2004 betreffend Übernahmeangebote benannten Stelle dieses Mitgliedstaats zugewiesen wurde.